



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### **Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Folgen des aktuellen und bevorstehenden drastischen Anstiegs der Energiekosten für private Verbraucherinnen und Verbraucher abzumildern, indem sofort Entlastungen auf bayerischer Ebene auf den Weg gebracht werden. Dabei sind insbesondere Kinder und Bedürftige in den Blick zu nehmen. Neben der Umsetzung spürbare Entlastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher und gezielter Familienförderung soll auch dauerhaft ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Bedürftige eingeführt werden.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, die Bundesbauministerin Klara Geywitz im Interesse der Mieterinnen und Mieter bei der Lösung der sich zuspitzenden Problematik der Indexmieten zu unterstützen, damit es zu keiner Doppelbelastung durch drastisch steigende Mieten und Nebenkosten kommt.

### **Begründung:**

Angesichts des Ukrainekrieges steigen die Energiepreise drastisch. Die Menschen sind verunsichert. Der Bund hat unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gehandelt und ein umfassendes Maßnahmenpaket umgesetzt, das bereits deutlich Wirkung zeigt. Auch Bayern muss abmildernde Maßnahmen ergreifen, um für die Menschen im Freistaat Preissteigerungen gerecht, schnell und wirksam zu kompensieren. Es ist völlig unzureichend, permanent und ausschließlich neue Forderungen an den Bund zu richten, ohne auch nur minimale eigene Anstrengungen zu unternehmen.

Die Zögerlichkeit der Staatsregierung ist völlig unverständlich, da der Bund hinsichtlich des Ausgleichs der Inflationswirkung für die Bürgerinnen und Bürger bereits kraftvoll gehandelt hat. Schon im Februar und März 2022 wurden von der Fortschrittskoalition zwei umfangreiche und treffsichere Entlastungspakete mit einem Volumen von 30 Mrd. Euro für die Mitte der Bevölkerung auf den Weg gebracht.

Insofern sind jetzt keine weiteren Fensterreden, sondern endlich Handeln der Staatsregierung erforderlich. Zur Deckung des Maßnahmenpakets stehen Mittel aus den in der Maisteuerschätzung prognostizierten Steuermehreinnahmen für den Freistaat von 1,9 Mrd. Euro in 2022 zur Verfügung.

Bei den Entlastungen, die Bayern unverzüglich für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg bringen soll, sind insbesondere Kinder und Bedürftige in den Blick zu nehmen. Ein wichtiges Element, das umzusetzen ist, ist die Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Tickets für Bedürftige.

Auf Bundesebene muss die Staatsregierung die Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) bei der Lösung der sich zuspitzenden Problematik der Indexmieten tatkräftig unterstützen, damit es zu keiner Doppelbelastung durch drastisch steigende Mieten und Nebenkosten kommt. Die Bundesregierung tut alles, um weitere Belastungen für Mieterinnen und Mieter zu vermeiden.